

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außsrl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Sämtlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. September 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 108.

Bedenklichkeiten.

Es lag in unsrer Absicht, in einer Artikelserie die neuere Gestaltung der Tarifgemeinschaften zu behandeln, die dabei in die Erscheinung tretenden Tendenzen kritisch zu beleuchten und zu untersuchen, wie weit und in welcher Richtung sich die Dinge auf dem so sehr wichtigen Gebiete des kollektiven Arbeitsvertrags entwickelt haben. Das sollte vor der Tarifrevision geschehen. Leider haben aber in das sowieso schon recht abwechslungsreiche und arbeitsreiche Jahr 1911 Ereignisse hineingespielt, die es auch ohne die Tarifverhandlungen zu einem sehr bewegten in der Geschichte unsrer Organisation gestempelt hätten. Da mußten wir dann wochenlang Kraft, Zeit und Raum an eine Sache verschwenden, die wahrlich kein Ruhmesblatt für ihre Urheber ist. Aus unserm Vorhaben wurde unter diesen so wenig erhebenden Umständen nichts, denn in Zeiten einer solchen leidenschaftlichen Spannung der Gemüter sind analytische, das Denkfähigen und objektive Beurteilen der Leser in vollstem Maße erforderliche Arbeiten nicht am Platze. Wie es denn überhaupt für unsre Tage ein charakteristisches, aber kein gutes Zeichen ist, daß heftige Gesten und starke Töne höher in der Gunst der Masse stehen als abwägende, leidenschaftslos prüfende, die Dinge in ihrem Kern erfassende, die Sache aber wirksam fördernde Worte. Ob es möglich ist, im laufenden Jahre doch noch an diese größere Arbeit heranzugehen, erscheint uns fraglich. Aufgeben werden wir den Plan jedoch nicht, denn in dieser Beziehung einmal wieder gründliche Aufklärung zu verbreiten, dünkt uns sehr notwendig.

Für viele unter uns ist die Tarifgemeinschaft eine Sache, über die man nicht groß spricht. Man hat sie fünfzehn Jahre, sie hat ihre guten Dienste geleistet — ja, ja — aber! Das Aber besagt in den meisten Fällen, daß sie das erhoffte goldene Zeitalter nicht gebracht hat. Man kann jedoch auch recht unsinnige Bemerkungen hören, und zwar gerade von Leuten, denen man schon von weitem anmerkt, daß sie sich mit objektivem Nachdenken nicht allzu sehr beschäftigen.

Bei den Prinzipalen wiederum sind es ihrer nicht wenige, die die Tarifgemeinschaft so lang ziehen möchten wie Seifers Ostlar auf der Leipziger Messe seine berühmten Hosenträger. Da ist die Tarifgemeinschaft an allem und für jedes schuld, und man ist mit scharfem Verstand und großem Eifer bemüht, unserm Gewerbegesetz eine Gestalt zu geben, die, statt ein friedliches Nebeneinanderarbeiten zu ermöglichen, die Reibungsflächen ins Ungemessene vermehrt.

Der eine Teil träumt ständig von dem eignen Herrn im eignen Hause, der andre schwelgt in dem Gedanken an das freie Spiel der Kräfte. Dabei hört man aber von den berufenen Organen auf beiden Seiten die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Tarifgemeinschaft mit allem Nachdrucke betonen.

Wo die meisten Mißvergünstigten zu finden sind, ist schwer zu entscheiden. Vor einem Jahre noch haben wir ohne Besinnen die weitaus größere Unzufriedenheit auf Prinzipalsseite gesehen, heute ist es schon anders geworden. Dazu mag die im Prinzipalslager herrschende Strömung zu einem

Teile beigetragen haben, im allgemeinen ist diese Stimmung aber mehr ein Niederschlag unsrer ganzen unerquicklichen Verhältnisse. Wenn einmal die Zustände einen derartigen schlimmen Charakter angenommen haben wie gegenwärtig durch die exorbitante Forderung, dann ergießt sich eben die Unzufriedenheit nach allen Seiten hin. Da wird nicht lange gefragt, ob man auch mit seinen Klagen vor die richtige Schmiede kommt, es wird vielmehr einfach drauflos geurteilt. Das ist zwar grundfalsch, aber es ist einmal so. Die Kurzsichtigkeit, die Tarifgemeinschaft für alles verantwortlich zu machen, geht gar schon so weit, daß bei irgendeinem Unglücks- oder tragischen Vorfall die Tarifgemeinschaft als Popanz dienen muß. Solche Vorkommnisse könnten zum Lachen reizen, wenn nicht so viel Demagogie dahinter stecken würde.

Bei den unzufriedenen Prinzipalen wieder sind es neben dem Herrenstandpunkt und der schärferen Betonung der Unternehmerinteressen politische Bedenken, die störend in das normale Empfinden eingreifen. Man läßt sich zu sehr vom eignen Partei-standpunkt einnehmen oder von den professionellen Scharfmachern, die stets und ständig mit dem roten Lappen winken, ins Hochhorn jagen. Schließlich kennzeichnet sich die geringe Einschätzung der Urteilsfähigkeit unserer Prinzipale auch dadurch, daß sogar der treffliche Joseph von seiner heillosen Konfusionade über die parteipolitische Verfeuchung des Verbandes erwartet, sie könne die tariftreue Prinzipalität aus dem Konzept bringen! „Gründe“ also genug, den Widerhaarigen herauszustechen und — an der Tarifgemeinschaft mancherlei nicht in Ordnung zu finden. Man übersieht eben, daß es sich bei der Tarifgemeinschaft nur um die Wahrung der gewerblichen Interessen und nicht um die Vertretung parteipolitischer Interessen handelt. Das ist ein Grundfehler, der aber nicht immer nur auf Prinzipalsseite gemacht wird. Wir möchten da jene Auslassung des Herrn Geheimrats Bürgenstein in der Gesellschaft für soziale Reform zu Berlin vom 28. Oktober 1907 in die Erinnerung zurückrufen:

Wir Prinzipale in unserem Gewerbe stehen unbedingt auf dem Grundjag — und wir stehen und fallen damit —: Ebenso wie wir in unserm Reiche die parteipolitische Meinung des einzelnen achten, ebenso wenig dürfen wir danach fragen, in welcher Weise unsere Arbeitnehmer ihre parteipolitische Richtung betätigen. Wir haben nur darüber zu wachen, daß parteipolitische Bestrebungen unsre ehrlichen gewerblichen und sozialpolitischen Bestrebungen nicht beeinträchtigen.

Wir meinen, das wäre ein Modus vivendi, mit dem sich auskommen ließe, und womit der ganze Neutralitätsstreit abgetan sein könnte. Für einen ehrlichen Anhänger der Tarifgemeinschaften, der ihre Zweckmäßigkeit und großen gewerblichen, volkswirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten bejaht und sein Urteil nicht durch verurteilenswerte Vorurteile auf der einen, provokatorische Gellüste auf der andern und egoistische Bestrebungen wie vage Anschauungen über Treu und Glauben im allgemeinen trüben läßt, hat gerade dieser Differenzpunkt etwas Gemachtes an sich, und das Empfinden, daß damit ein Fremdkörper in die beiderseitigen Beziehungen hineingetragen wird, ist wohl nicht nur bei uns vorhanden. Gaben wir nicht Besseres zu tun? Wenn es

auch nicht sein sollte, so ist es doch bei der Verschiedenheit der Charakterveranlagung und des Temperaments nicht unter allen Umständen zu vermeiden, daß einmal da und dort der Parteimeinisch sich mehr in den Vordergrund drängt, als es ratsam ist. Das kommt bei Prinzipalen und bei Gehilfen vor. Aber Staatsaktionen sollten doch daraus nicht gemacht werden. Was das „Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe“ im Jahre 1902 als den Standpunkt des Unternehmertums gegenüber den Bestrebungen der Gewerkschaften auf Gebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft präziserte, ist den Leuten, die unsre Prinzipale zu der schärfsten Stellungnahme gegen die Gehilfen treiben möchten, gerade jetzt wieder zu erstem Nachdenken zu empfehlen. Jenes Unternehmerorgan schrieb nämlich damals:

Kein Arbeitgeber aber, und sei er noch so scharf gemacht, sei er noch so reaktionär und vielleicht nur dem Namen nach Arbeitgeber, wird im Ernst behaupten wollen, daß auch die nackten Lohnforderungen zu den politischen oder Machtfragen gehören. Das Streben nach einer Besserung der Lebensstellung ist keine politische Machtprobe; es ist an sich durchaus gesund und zukunftsgerichtet und verdient nicht von vornherein eine Verurteilung. Voraussetzung ist allerdings, daß die erstrebte soziale Hebung sich in vernünftigen Grenzen hält und verdient ist, d. h. daß die Leistung mit der Lohnaufbesserung Schritt hält, zum mindesten aber nicht zurückgeht. Man vergegenwärtige sich daher zunächst genau die beiderseitige Lage, prüfe ohne übermäßige Gefühlsschwäche, aber frei von Vorurteilen die Argumente der Arbeiter und bedenke die Opfer und die schweren Rückschläge eines Kampfes. ... Mit trivialen Redensarten von Strafproben, von der Begehrlichkeit der Arbeiter u. a. m. wird man die Lohnforderungen jedenfalls nicht abtun können.

Man kann beiden Seiten nur raten, den Individualvertrag sich einmal in seiner ganzen Bedenklichkeit vor Augen zu führen. Bei dem Einzelvertrage diktiert bald dieser, bald jener; der wirtschaftlich Stärkere, und das ist zweifellos der Unternehmer, wird aber meistens obenauf sein. Das Konjunkturausnützen ist überhaupt längst von den Arbeitern als ein zweifelschneidendes Schwert erkannt. Zu einer Zeit obendrein, in der die Unternehmerverbände eine solche Macht erlangt haben wie gegenwärtig, würde ein Abgehen von dem kollektiven Arbeitsvertrage für die Arbeiter ein Rückfall in die alte wirtschaftliche Ohnmacht bedeuten. Warum streben denn die Berg-, die Textil- und die Metallarbeiter — Arbeiterkategorien von gewaltigem Umfange — die heute erst wenige Tarife besitzen, mit aller Kraft den Abschluß von Tarifverträgen an? Doch in erster Linie, um die Unternehmerdiktatur zu beseitigen oder doch abzuschwächen. Auch der beste Gewerkschaftler wird, wenn seiner Organisation kein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen eingeräumt ist, niemals für sich ein Arbeitsverhältnis schaffen können, das besser wäre als das auf dem Vereinbarungswege für eine Arbeitergemeinschaft zustande gekommene. Im Einzelfalle mag das noch einmal vorkommen, im Allgemeinen aber wäre nachgebend, was der Unternehmer vorschreibt bzw. dessen Organisation, denn der einzelne Unternehmer wird ja immer mehr ausgefaltet bei der Bestimmung der Arbeitsbedingungen. Bei den mitteldeutschen Bergarbeitern haben wir gesehen, daß die Bergwerksbesitzer nicht einmal zu Verhandlungen zu bewegen waren. Die Metallarbeiter in Leipzig mußten

das Verlangen nach einem Tarifabschlusse für die Gelbmetallarbeiter fallen lassen; auch lehnte die Organisation der Metallindustriellen ein Verhandeln mit der Organisation der Arbeiter ab, die dann eine besondere Kommission wählten. Würde dieser herrische Standpunkt durchbrochen, würden zweifellos auch die Zugeständnisse an die Arbeiter größere werden. Die Gegnerschaft der Unternehmer im Bergbau, in der Metall- wie in der Textilindustrie gegen die Tarifverträge hat ebenso triftige Gründe als die immer häufiger erhobene Forderung dieser Arbeiterbranchen nach Abschluß von Tarifen, womit sie freilich noch wenig Erfolg zu verzeichnen haben. Das Zustandekommen und die Handhabung der Werkstättenarbeitsverträge in der Metallindustrie sind ja ein Musterbeispiel von Unternehmervilligkeit.

Bei den Buchdruckern ist ein Wiederaufkommen der Individualverträge schlechthin unmöglich. Diejenigen, die mit diesem Gedanken spielen sollten, können in beiden Lagern nur unter denen zu suchen sein, die keine Ahnung von der Trostlosigkeit einer tariffreien Zeit haben. Der Einwand, daß es nicht wieder so schlimm kommen könnte wie in der Periode der Tarifanarchie (1892—1896), da doch die Organisationen jetzt größer und stärker seien und speziell für die Gehilfen das Nichtverbändlertum und die Behringswirtschaft von damals nicht mehr in die Waagschale falle, ist eine Täuschung. Wohl sind die organisatorischen Verhältnisse ganz andre geworden; ob aber die Macht der Organisationen so groß wäre, bei der jetzigen Zahl der Mitglieder jedes Unterbietens zu verhindern, wenn unser Gewerbegesetz einmal nicht mehr bestehen würde, erlauben wir uns für beide Teile zu bezweifeln. Wenn es aber erst einmal zu bröckeln angefangen hat, dann ist es sehr schwer, wenn nicht unmöglich, weiterem Einhalt zu tun. Das tarifliche Regiment ist nach vielen Mühen bei uns so straff geworden, daß wir stolz sein müßten auf das, was ist. Sagt doch der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller und vorzügliche Kenner des Tarifwesens, Dr. Adolf Braun, in seinem bekannten Buch über die Tarifverträge in bezug auf unsere Tarifgemeinschaft:

Die Tarifgeschichte der Buchdrucker ist nicht bloß deshalb bedeutungsvoll, weil sie den bestausgebildeten, alle Möglichkeiten berücksichtigenden, durch schiedsgerichtliche Instanzen gesicherten, über das ganze Reich ausgedehnten Tarifvertrag besitzen, sondern auch, weil während der Herrschaft des kollektiven Arbeitsvertrags sowohl die Druck- wie die Satztechnik durch die Einführung von Maschinen vielfach revolutioniert wurde. Es läßt sich sicherlich gegen Abschluß und Inhalt des Tarifvertrags der Buchdrucker auch von Anhängern der Tarife manches einwenden, aber die höchstausgebildete Form, die Ausdehnung des Verbreitungsgebietes, die Mittel zur Sicherung des Abkommens sind musterhaft und für die meisten Gewerkschaften noch ein fernes Ziel. Ohne die Tarifgemeinschaft und die sie stützende Gewerkschaftsorganisation mit ihren reichen Mitteln und ausgedehnten Unterstüßungseinrichtungen wie der stark ausgebildeten Schulung und Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder wäre die Arbeitererschaft dieses Gewerbes heute elend begahlt und von einer dauernden Arbeitslosigkeit geplagt.

Das sollte man sich speziell auf Gehilfen Seite ja merken. Und die Prinzipale haben allen Anlaß, den jetzigen Zustand den der fortgesetzten Beunruhigung vorzuziehen, unter der sie ihre berechtigten Bestrebungen auf Herbeiführung gesunder Preisverhältnisse totsicher begraben könnten.

Wenn wir gewisse Entwicklungstendenzen der Tarifgemeinschaften erst in dem Rahmen der nun für später vorgesehenen größeren Arbeit beleuchten können, die allenthalben, nicht etwa nur bei uns, sich herleiten aus der Tatsache, daß die Unternehmerverbände aus dem Stadium der Abwehrvereinigungen herausgekommen sind, so dürfen wir dieser Erscheinungen wegen, deren Überwindung zudem auch eine Frage der Stärke und der überlegenen Taktik der Gewerkschaften ist, nicht den großen Wert der Tarifverträge verkennen.

Man hört von radikaler Seite oft das Wort Tarifanarchie. Die Buchdrucker sind es ausschließlich, die man damit meint, wenn wir auch nicht immer ausdrücklich genannt werden. Etwas weniger Gedankenlosigkeit, und man würde so etwas nicht

sagen. Dieselben Leute sind früher die fanatischsten Bekämpfer der Tarifverträge gewesen, die ja überhaupt außer uns die ganze Arbeiterchaft gegen sich hatten. Diese Fanatiker von damals haben sich nun mit der Entwicklung der Verhältnisse abgefunden und stehen den Tarifverträgen halb lau und halb kühl gegenüber. Ihre direkte Tarifgemeinschaft mußten sie aber aufgeben. Weil die Buchdrucker jedoch mehr Konsequenz besitzen, werden sie Tarifanarchie geheißen. Damit salviert man sich selbst.

Es ist überhaupt erstaunlich, welche Wandlungen in den Anschauungen über den Arbeitstarif sich vollzogen haben. Könnten wir doch erst vor vierzehn Tagen ein sonst recht radikales Gewerkschaftsblatt den langfristigen (vier und fünf Jahre) Tarifen den Vorzug vor den kurzen geben sehen und weiter in demselben lesen:

Im allgemeinen wird es wohl jeder Kollege zu würdigen wissen, welche hohe kulturelle Bedeutung der tariflichen Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen heute innewohnt. Sie tragen wesentlich dazu bei, stabilere Arbeitsverhältnisse zu schaffen und dem Arbeiter für seine geleistete Arbeit seinen verdienten Lohn zu garantieren. Die Tarifverträge regeln die Arbeitszeiten und die Mindestlöhne wie die Bezahlung der älteren besseren Arbeiter.

In einem andern Organe wurden neue tarifliche Bestimmungen als ein besonderer Fortschritt bezeichnet, die bei uns erst ein Donnerwetter ausgelöst hätten. Wieder ein andres Gewerkschaftsblatt stellte die zutreffende Behauptung auf:

Selbst wenn wir keine Tarife hätten, wäre ein ununterbrochener Kampf ausgeschlossen; das geht am deutlichsten daraus hervor, daß auch vor dem Abschlusse langfristiger Tarifverträge einzelne Orte nach dem Kampfe lange Jahre sich erholen mußten, ja vielfach hatten diese in der Kampfmüdigkeit liegenden Ruhepausen länger gedauert als heute die Tarifzeiten sind.

Und vor sechs Wochen schrieb August Winnig, der Redakteur des „Grundstein“, in der „Neuen Zeit“:

Wer einen Vertrag schließt, bindet sich nach Maßgabe dieses Vertrags. Will ich ungebunden sein, so darf ich keinen Vertrag eingehen. Jeder Tarifvertrag bedeutet eine Bindung der Organisationsmacht der Arbeiter und der Unternehmer. Die Organisationsmacht hat sich dann im Rahmen des Tarifvertrags zu betätigen. Es ist ein Widerspruch gegen das Prinzip des Tarifvertrags, auch die Organisationsmacht gegen den Vertrag einzusetzen. Darüber hilft uns auch die Anrufung des Solidaritätsgebantens nicht hinweg. Auch das Solidaritätsgefühl kann irren. Hier gibt es nur eine ganz klare Frage: Entweder wir wollen Tarifverträge — dann müssen wir auch die Mittel zu ihrer Durchführung wollen — oder wir wollen sie nicht. Wer aber den Charakter der Tarifverträge kennt, kann sich nicht anders als für sie entscheiden.

Wollten die Leute, die uns Tarifanarchie nennen, gerecht sein, müßten sie solche Auslassungen auch als von Tarifanarchisten ausgehend bezeichnen. Das tun sie jedoch nicht, denn die Gewerkschaften, die hier in Betracht kommen, behandeln sie mehr mit Glacéhandschuhen; bei den Buchdruckern wendet man in guter Tradition aber die blanke Faust an.

Wir können uns über solche Ausführungen aber nur freuen und sehen daher auch in dem ersten Streite zwischen den Organen des Bauarbeiterverbandes und der Zimmererorganisation, der jetzt von neuem entbrannt durch das Erscheinen der von ersterem herausgegebenen Zeitschrift „Der große Kampf im deutschen Baugewerbe“ etwas Schlimmeres als eine Meinungsverschiedenheit über den Tarifvertrag. Es dürfte unsern Lesern ja wohl bekannt sein, daß der Redakteur des „Zimmerer“ seine eignen Wege in der Frage des Bauarbeiterarbeitsvertrags geht, obwohl er nach einer Äußerung auf der Generalversammlung des Zimmererverbandes dessen Mitglieder dabei nicht vollständig hinter sich hat. Zwischen dem „Grundstein“ und „Zimmerer“ resp. den beiderseitigen Vorständen besteht eine solch große Unterschiedlichkeit in der Auffassung über den Tarifvertrag, daß man Sorge tragen kann um die Zukunft. Bringmanns Standpunkt ist, wie wir auch schon in den beiden Artikeln „Um den Tarifvertrag“ in Nr. 42 und 49 gezeigt haben, ziemlich verworren und seine Kampfweise wird von dem „Grundstein“ in der allerhöchsten Weise verurteilt. In den letzten Nummern der beiden Organe hat es eine nette Kanonade von Liebenswürdigkeiten abgesetzt. Im „Zimmerer“ brachte Bringmann vor einer Woche ja auch eine

heftige Kritik über des Kollegen Döblin Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“, den Fall Berlin betreffend. In diesen Artikel hatte Bringmann seine ganze Seele gehaucht; er gefiel ihm dermaßen, daß er ihn der „Leipziger Volkszeitung“ zur Aufnahme sandte, die ihn natürlich ein Ehrenplätzchen einräumte. Das sagt über die Qualität dieses Artikels alles. Man konnte da wunderbare Ansichten über den Tarifvertrag genießen. Wenn sich Bringmann so weiter entwickelt wie in den letzten Jahren — dabei ist er nicht einmal mehr jung! — dann ist seine Landung bei Fritz Rater nur noch eine Frage der Zeit. Jetzt ist er ein später Eingänger in den freien Gewerkschaften im allgemeinen und auf dem Tarifgebiete im besonderen.

Die hier berührten Bedenkllichkeiten sind zum Teil auf eine Entwicklung, die in der veränderten Konstellation zwischen den beiderseitigen Organisationen begründet ist, zum andern aber auf die fehlende oder doch nur mangelhafte Abklärung bei den Epigonen hier wie drüben zurückzuführen. Die Scharfmacherei, die ja auch keine einseitige Übung ist, käme als drittes Moment hinzu. Das Ganze gibt ein Konglomerat von destruktiven Tendenzen, deren Abweisung eine Pflicht uns selbst wie dem Gewerbe gegenüber ist. Den verheerenden Machtkämpfen unserer Zeit sollte man so lange als nur möglich aus dem Wege gehen, und deshalb darf es auch in der Frage der Tarifgemeinschaften kein Abriß sein, sondern muß es ein kräftiges Aufrüsten geben.

Das Buchdruckgewerbe

in seiner geschäftlichen, sozialen, organisatorischen und technischen Entwicklung.

II.

Die geschäftliche Lage und die Gestaltung des Arbeitsmarktes.

Das Jahr 1910 hatte, wie der „Korr.“ sogleich nach dessen Ablauf auch unter Berufung auf andre Fachblätter berichten konnte, einen im allgemeinen besseren Geschäftsgang aufzuweisen. Ein uns soeben zu Gesicht kommender Auszug aus dem Jahresberichte der Berliner Handelskammer besagt zur besseren Charakterisierung der geschäftlichen Lage noch, daß die großen Berliner Druckereien durchweg voll beschäftigt waren, während kleinere Betriebe bisweilen über einen gewissen Stillstand zu klagen hatten. Das Insetatenwesen bewegte sich das ganze Jahr hindurch in aufsteigender Linie, und zwar nicht nur für die Tagespresse. Verschiedene kleinere Blätter gingen, weil sie nicht mehr recht lebensfähig waren, Verschmelzungen mit andern ein, die manchmal die Form eines Konzerns annahm, so daß also diese Blätter nicht direkt eingingen, sondern der billigeren Herstellung wegen eine Betriebsgemeinschaft mit andern Betrieben bildeten. Was hier über Berlin berichtet wird, dürfte im wesentlichen für das ganze Reich gelten.

Das laufende Jahr hat noch eine weitere Belebung gebracht. Die wirtschaftliche Lage ist im allgemeinen günstig, wenn sie auch noch nicht den Grad einer wirklichen Hochkonjunktur erreicht hat. Trotzdem sind aber schon warnende Stimmen zu vernehmen gewesen, die von einem in absehbarer Zeit bevorstehenden Rückschlage mehr als bloße Vermutungen haben wollen.

Das Buchdruckgewerbe profitiert von einer günstigen Konjunktur im besondern, und so hat denn die Industrie ihm gerade in Reklamedruckfachen, Katalogen und an Massenauslagen von Prospekten mehr als in den letzten Jahren zugeführt. Vom Zeitungsgewerbe liegen Mitteilungen über starke Zunahme des Papierverbrauchs vor, was einen günstigen Rückblick auf den wirtschaftlichen Stand der Zeitungen zuläßt. Da die Papierfabriken überhaupt einen guten Absatz in Druckpapier haben, muß das Druckgewerbe also ganz befriedigend beschäftigt sein. Der Buchhandel ist ein flotter Auftraggeber von Werben, was nach Kantate erst richtig in die Erscheinung trat. Der Verlag ist ja vor einer Tarifrevision stets mit vielen Arbeiten zur Hand. Man will zu den alten Druckpreisen noch möglichst viel herausbringen, deshalb sind denn auch die Werbdruckereien namentlich in Leipzig so stark beschäftigt gewesen resp. noch beschäftigt, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit der Betriebe oftmals erreicht und überschritten wird. Im nächsten Sommer werden wir wohl ein andres Mal erleben als in diesem, der wegen der Tarifrevision manchen Auftraggeber von einer geradezu erstaunlichen Unternehmungslust besetzt sein ließ. Möglich auch, daß ein Teil der Verlagsfirmen gewisse Bestellungen über den Ausgang des Jahres 1911 hat und deshalb Vorsicht übte. Jedenfalls hätte die allgemein gute Konjunktur allein nicht diesen günstigen Einfluß auf unser Gewerbe ausgeübt, es sind auch andre Triebfedern tätig gewesen.

Daß man trotzdem so viel Klagen über schlechte Druckpreise und Schleuderei hört, ja darüber auch ungeniert in der Tagespresse gesprochen wird, ist eine bedenkliche Sache. Bedenklich, weil eben trotz aller Anstrengungen dieser wurde Punkt weiter schwärt. Es ist

ja richtig, nicht bloß im Buchdruck, sondern in dem gesamten graphischen Gewerbe ist es mit dem Konkurrenzkampf ein schlimmes Ding. Aber im Buchdruckgewerbe sind die Verhältnisse zu einer Gesundung der Preisverhältnisse doch so methobisch in Angriff genommen, daß man sich eigentlich wundern muß, wieso denn gerade auf diesem Gebiet Einigkeit und solidarischer Handel so schwer zu erreichen sein sollen. Wir bekommen immer und immer wieder den Eindruck, daß man sich die Schwierigkeiten noch vergrößert durch eine allzu große Konzeptionspolitik. Wenn aber in einer uns vorliegenden Preisänderung gesagt wird: „In der Buchdruckbranche zeigt sich jedoch die merkwürdige Erscheinung, daß trotz stotter Geschäftsganges die Rentabilität dieser Betriebe sich nicht nur erhöht, sondern vermindert hat“, so ist das eine Übertreibung, die schon in dem ersten Artikel ihre Beleuchtung fand.

Der Arbeitsmarkt ist natürlich ein Spiegelbild des Geschäftsganges. Wir können, wenn man die nachfolgende Zusammenstellung der monatlichen Arbeitslosenziffern des Verbandes sich betrachtet, mit dem Jahre 1911 bisher ganz zufrieden sein. Leider ist erst über sieben Monate zu berichten, und da ergibt sich denn folgendes Bild:

	1911	1910	1909	1908	1907
Januar	3,3	4,1	4,7	2,9	2,4
Februar	2,6	3,3	3,8	2,2	1,9
März	1,8	2,9	2,6	1,7	1,7
April	1,7	2,8	3,4	2,5	1,7
Mai	2,1	4,0	4,9	3,8	2,6
Juni	4,3	5,0	6,1	6,5	4,4
Juli	3,4	8,0	7,1	6,4	5,7
Im Durchschnitt	2,7	4,3	4,7	3,7	3,1

Die sieben Monate Januar/Juli weisen im diesjährigen Durchschnitt also eine auffallende Besserung auf, namentlich gegen die Jahre 1910 und 1909. Was noch kommt, ist ja nicht vorauszusagen; es dürfte aber wohl nach dem August eine verhältnismäßige Abflauung eintreten. Die einzelnen Monate, ganz besonders der Juli, bestätigen bei einem Vergleiche mit den entsprechenden Monaten der Vorjahre, daß der Sommer von 1911 aus den angeführten Gründen einen Ausnahmefall darstellt.

Im nachstehenden bringen wir noch eine Gegenüberstellung mit den sämtlichen Berufsverbänden in Deutschland ermittelten Arbeitslosenziffern, um das Verhältnis der Buchdrucker dazu zu zeigen. Der sogenannte Reichsdurchschnitt gestaltet sich also folgendermaßen:

	1911	1910	1909	1908	1907
Januar	2,6	2,6	4,2	2,9	1,7
Februar	2,2	2,3	4,1	2,7	1,6
März	1,9	1,8	3,5	2,5	1,3
April	1,8	1,8	2,9	2,8	1,3
Mai	1,6	2,0	2,8	2,9	1,4
Juni	1,6	2,0	2,8	2,7	1,4
Juli	1,6	1,9	2,5	2,7	1,4
Im Durchschnitt	1,9	2,1	3,3	2,7	1,4

Trotz des befriedigenden Standes der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre bei uns ergibt sich doch noch der beträchtliche Abstand zwischen der Allgemeinheit und den Buchdruckern von 1,2 Proz., die wir mehr haben. In den andern Jahren sind wir zweimal um das Doppelte über den Reichsdurchschnitt hinausgegangen, während wir zweimal erheblich über demselben gestanden haben. Das ist ausschlaggebend für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe, nicht aber ein durch allgemein gute Konjunktur und durch außergewöhnliche gewerbliche Umstände erzielter ausnahmsweise günstiger Jahresteildurchschnitt.

Unsre Tariffchiedsgerichte.

Nach den Anträgen der Prinzipalität sollen die Schiedsgerichte einer Reorganisation unterzogen werden. Zunächst wird gewünscht, daß der Vorliegende ein Unparteiischer sein soll. Würde diesem Wunsch entsprochen werden, so würden die Schiedsgerichte meines Erachtens aufhören, Berufsgerichte zu sein. Ein Unparteiischer wird sich schwerlich so in unsre beruflichen und tariflichen Verhältnisse hineinleben können, wie es unbedingt notwendig ist, und wie es nur ein Fachmann imstande ist, der von der Pike auf gedient hat, und dem unsre tariflichen Positionen sozuzagen in Fleisch und Blut übergegangen sind. Nur durch langjährige Erfahrungen und Kenntnisse aller einschlägigen Verhältnisse erreicht ein Fachmann die Qualifikation zum Berufsrichter.

Das ist ja gerade der Vorzug und die Bedeutung unsrer Tariffchiedsgerichte, daß ihre Besetzung ausschließlich aus Fachleuten erfolgt. Durch das wechselseitige Präsidieren der Prinzipal- und Gehilfenvertreter wird auch der Förderung nach Unparteilichkeit in der Leitung der Verhandlungen Genüge geleistet. Würden wir unparteiische Vorleser berufen, so würde die Bedeutung der Schiedsgerichte in Frage gestellt werden, eine Verhandlung vor dem Schiedsgericht würde dann zweifelsohne durch eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht ersetzt werden können, zu welcher ja auch Sachverständige hinzugezogen werden. Es genügt vollständig, wenn die Sitzungen des Tarifamts, in welchen tarifliche Berufungsangelegenheiten zu verhandeln sind, von einem Unparteiischen geleitet werden. Hier hat die Hinzuziehung eines Juristen eine Berechtigung, denn durch den eventuellen Spruch desselben erhält der Prozeß, nachdem die Angelegenheit durch das in Betracht kommende Schiedsgericht und das Tarifamt genügend geklärt ist, quasi rechtliche Sanktion.

Auch der Schriftführer soll auf Verlangen einer Partei ein Unparteiischer sein. Warum läßt man es auch in

dieser Beziehung nicht bei der alten bewährten Einrichtung? Warum will man überhaupt tarifliche Einrichtungen, die sich doch zweifellos bewährt haben, beseitigen bzw. reformieren?

Ein anderer Prinzipalstrang lautet: „In die Tariffchiedsgerichte dürfen als Beisitzer bzw. deren Stellvertreter sowohl von Seiten der Prinzipale wie von Seiten der Gehilfen aus je einer Druckerei nur ein Mitglied gewählt werden.“ Dieser Antrag ist sehr bezeichnend und geeignet, den Unwillen der Gehilfen in hohem Maße zu erregen. Verschiedentlich sind diejenigen Gehilfen, welche die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten haben, gezwungen, ihre Zustucht in Arbeiterdruckereien oder doch wenigstens in solchen Geschäften zu nehmen, deren Geschäftslösungen sich den Gehilfen gegenüber entgegenkommend verhalten. Würde nun dieser Antrag zum Gesetz erhoben, so würde es in verschiedenen Städten, in welchen jetzt Schiedsgerichte existieren, fast unmöglich sein, ein solches besetzen zu können, da nach diesem Antrag aus jeder Druckerei nur ein Gehilfe gewählt werden kann. Während der Antrag für die Prinzipalität betreffs der Besetzung geradezu ohne jedwede Bedeutung bleibt — zwei Inhaber ein und derselben Firma werden wohl selten als Schiedsrichter genannt werden —, bedeutet er für die Gehilfen eine nennenswerte Verschlechterung. Recht und billig ist es, den tariftreuen Gehilfen keine Einschränkungen in dieser Beziehung aufzuerlegen, ihnen freie Hand zu lassen; wen sie als ihre geeigneten Vertreter nominieren wollen.

Es wäre zu wünschen, daß die Prinzipalvertreter im Tariffauschüsse die in Frage stehenden Anträge, die keine Reform des Schiedsgerichtswesens darstellen, sondern nur fragwürdige Veränderungen zu schaffen geeignet sind, zurückziehen oder aber, daß dieselben abgelehnt würden, und zwar nicht nur zugunsten der Gehilfen, sondern auch im Interesse der Prinzipalität selbst und im Interesse einer gesunden und gedeihlichen Weiterentwicklung unsrer tariflichen Rechtsprechung.

Leipzig. m.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Deutsche Schweiz. Die Wogen der Aufregung über den Vorschlag des Zentralkomitees betreffend Redateurwahl (siehe Nr. 93) haben sich nun wieder gelegt, die Diskussion in der „Typographia“ ist beendet. Die meisten Sektionen haben nun doch den Zentralkomitee empfohlenen Kollegen Thies in Vorschlag gebracht, und derselbe wäre zweifellos auch gewählt worden, wenn nicht plötzlich, kurz vor Schluß der Annahmedebatte, die Kunde von seinem Hinscheiden gekommen wäre. Ein Sternschlag hat seinem Leber jäh ein Ziel gesetzt. Zwölf Jahre hat der Verstorbene ununterbrochen seine Arbeitskraft in den Diensten der Arbeiterfrage gesteckt und sein Leben hingeweiht. Das Zentralkomitee sah sich infolgedessen veranlaßt, die Frist zum Vorschlag der Kandidaten für den Redateurposten um 14 Tage zu verlängern.

In der letzten bei uns eingegangenen Nummer der „Schweizerischen Typographia“ verabschiedet sich der bisherige verdienstvolle Redakteur, Kollege Hans Müller, in warmherzigen, von Begeisterung für die Organisation getragenen Worten von der schweizerischen Kollegenchaft.

Am 27. August fand in Zürich eine Delegiertenversammlung der schweizerischen typographischen Klubs und die III. Kurveleiterkonferenz statt. Vertreter waren 23 Klubs sowie das Zentralkomitee des Typographenbundes. Aus den Verhandlungen sei erwähnt, daß die Klubzentrale beauftragt wurde, zu gegebener Zeit an der Aufstellung des neuen Lehrlingsregulativs mit ganzer Kraft mitzuwirken.

Österreich. Der österreichische Verbandsvorstand hatte seinerzeit den Beschluß gefaßt, vor Ablauf der ersten Periode des jetzt in Geltung befindlichen Tariffs statistische Erhebungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie über die Mietzins- und Lebensmittelpreise im ganzen Verbandsgebiete zu veranstalten, die sich auch auf die Erholungsurlaube und die Arbeitslosigkeit erstrecken sollten. Die letzte Erhebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse fand im Jahre 1902, also vor Inkrafttreten des jetzt gültigen Tariffs, diejenige über Wohnungs- und Lebensmittelpreise im Jahre 1895 statt. Die jüngsten Erhebungen beschränkten sich auf die Woche vom 13. bis 18. Dezember 1909. Das Ergebnis der Bearbeitung wurde nunmehr in einem 90 Quartseiten starken Bande, der sich in neun Abteilungen gliedert, der Öffentlichkeit übergeben. Von 294 Druckern, 1012 Druckereien und 12483 Personen wurden Beiträge zu den Erhebungen geliefert, d. h. von 92,74 Proz. aller Druckereien, von 77,78 Proz. aller Druckereien und von 83,08 Proz. aller Berufsangehörigen. Bei der Nachweisung über die Dauer der Arbeitszeit zeigt sich deutlich der Einfluß der letzten Tarifrevision. Von den 12483 in die Statistik einbezogenen Personen hat der Großteil, 10470 (83,97 Proz.), die tarifmäßige Arbeitszeit von 8¹/₂ Stunden täglich, während 1875 (15,02 Proz.) eine kürzere und 115 (0,92 Proz.) eine längere Arbeitszeit hatten. In den Arbeiterdruckereien und Schriftgießereien überwohnt bei weitem die tarifmäßige Arbeitszeit. Von den 10636 beschäftigten Personen hatten 9982 die 8¹/₂ stündige Arbeitszeit, während 601 Personen kürzere und 53 Personen längere Arbeitszeit hatten. In den Zeitungsdrukereien arbeitete der weitaus größere Teil (1297 von insgesamt 1847) der Beschäftigten weniger als 8¹/₂ Stunden täglich, 488 arbeiteten 8¹/₂ Stunden und 62 länger als die tarifmäßig festgelegte Arbeitszeit. Unter den länger als 8¹/₂ Stunden täglich arbeitenden Personen

befanden sich 23 Faktoren, 5 Korrektoren, 25 Metzeure, 19 Handfeger, 5 Obermaschinenmeister, 13 Rotationsmaschinenmeister, 8 Maschinenmeister, 2 Drucker, 2 Schriftgießereifaktoren und 13 Stereotypenre. Die Nachweisung über die Gesamtzahl der unter, zum oder über Minimum Entlohnerten zeigt gegen frühere Statistiken beträchtliche Verschiebungen im günstigen Sinne. Von den 10636 in den Arbeiterdruckereien und Schriftgießereien beschäftigten Personen waren 233 (2,19 Proz.) unter Minimum, 2019 (18,98 Proz.) zum Minimum und 8384 (78,83 Proz.) über dem Minimum entlohnt. Von den bei täglich erscheinenden Zeitungen beschäftigten 1847 Personen waren 13 (0,7 Proz.) unter Minimum, 115 (6,23 Proz.) zum Minimum und 1719 (93,07 Proz.) über dem Minimum entlohnt. Wird jedoch die Gesamtzahl der in allen in die Statistik einbezogenen Betriebe im Jahre 1909 beschäftigten 12483 Personen in Betracht gezogen, dann ergibt sich, daß davon 246 oder 1,97 Proz. (1902: 2,84 Proz.) unter Minimum, 2134 oder 17,1 Proz. (1902: 24 Proz.) zum Minimum und 10103 oder 80,93 Proz. (1902: 73 Proz.) über dem Minimum entlohnt waren. Freilich sind die Verhältnisse in den einzelnen Kronländern recht verschiedene. Während in manchen dieser Länder die Zahl der mit dem Minimum entlohnerten Gehilfen weit hinter dem Durchschnitt zurückbleibt, ist in manchen andern das Minimum zur ausschlaggebenden Bezugszahl geworden. So z. B. in Trentino, wo nahezu die Hälfte aller Beschäftigten mit dem Minimum entlohnt werden, in Steiermark ist es fast ein Drittel, in Böhmen ein Viertel, ebenso in Oberösterreich, in Schleien und Mähren ein Fünftel. Aus der Nachweisung über die wöchentlichen Durchschnittslöhne ist zu ersehen, daß diese in einzelnen Kronländern durch Bewilligung von Teuerungszulagen seitens einsichtiger Prinzipale während der laufenden Periode höher stiegen, als die durch die letzte Tarifrevision erreichte Erhöhung von 3 Kr. ausmacht. In den Arbeiterdruckereien ist der Durchschnittslohn der Gewißgelde beschäftigten Handscher um 4 Kr., der Berechnenden um 4,60 Kr. gestiegen. In ähnlicher Höhe bewegen sich die Durchschnittslöhne der Maschinenmeister und Geiger. Diese über die Steigerung des Minimums hinausgehende Erhöhung der Durchschnittslöhne der Handscher zeigt aber auch, daß die Ungepantheit der Arbeitsweise zugenommen hat. Die Steigerung selbst ist nicht in allen Kronländern eine gleichmäßige. So weisen die höchsten Durchschnittslöhne bei den Gewißgeldebeholdern und zum Teil bei den Maschinenmeistern nicht etwa Niederösterreich mit dem ausschlaggebenden in die Höchstklasse eingereihten Druckereien Wien oder Steiermark auf, sondern das Krainland und Galizien, dann folgt erst Niederösterreich, und Krain steht immer noch vor Steiermark. Erholungsurlaube wurden von 420 Werbetrieben (45,65 Proz.) der insgesamt vorhandenen gewährt. Daran partizipierten 4669 Personen (43,9 Proz. aller in Arbeiterdruckereien beschäftigten). Von den 92 Zeitungsdrukereien gewährten 67 (72,83 Proz.) ihrem Personal Urlaub, woran 1454 Personen (78,72 Proz. aller in Zeitungsdrukereien beschäftigten) partizipierten. Insgesamt ergibt sich, daß 487 Druckereien (42,12 Proz.) Erholungsurlaube gewährten, die 6123 (49,05 Proz.) Berufsangehörigen zustatten kamen. Bezüglich der Dauer des Urlaubs wurde statistisch festgestellt, daß 15 Personen einen Tag, 154 zwei, 1290 drei, 136 vier, 86 fünf, 2996 sechs, 233 sieben, 183 acht, 146 neun, 23 zehn, 1 elf, 617 zwölf, 100 vierzehn, 44 einundzwanzig, 10 dreißig, 15 vierundzwanzig und 1 dreißig Tage Urlaub erhalten. Von den in die Statistik einbezogenen 12483 Personen waren 1734 (13,89 Proz.) 44502 Tage arbeitslos, d. h. jeder der 1734 Berufsangehörigen war durchschnittlich 54,5 Tage zur Arbeitslosigkeit verurteilt, wobei aber die Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit nicht inbegriffen ist. Hat die Statistik auf der einen Seite gezeigt, was oft in schweren Kämpfen an Verbesserungen der einzelnen Positionen errungen worden ist, so zeigt die andre Seite, nämlich die Nachweisung über die Wohnungs- und Lebensmittelpreise, was der Gehilfenchaft ohne viel Aufhebens genommen wurde durch die Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts. Sie ist in Österreich ebenso unerschwinglich geworden wie in Deutschland. Wie wir, so erwarten auch die österreichischen Kollegen von der nächsten Tarifrevision einen Ausgleich, der den gerechtfertigten Forderungen nach Möglichkeit zur Anerkennung verhilft.

Großbritannien. J. M. Lynch, der Präsident der International Typographical Union in Amerika, ersuchte vor einiger Zeit die Verbandsfunktionäre der verschiedenen Buchdruckerorganisationen in England um Aufklärung über den Stand der Bewegung. Nach den ihm zugegangenen Berichten sei er zu der Meinung gekommen, daß die Solidarität der verschiedenen Buchdruckerorganisationen, verglichen mit denen von Nordamerika, viel zu wünschen übrig lasse. Diesem wäre abzuhelfen durch Schaffung einer Organisation statt der allzuvielen. Gleichzeitig empfahl er eine gründlichere Vorbereitung für zukünftige Kämpfe durch Agitation und Erziehung unter den Mitgliedern.

In ihren Antworten auf die Anfrage des amerikanischen Präsidenten versucht der eine Sekretär die Schuld auf den andern zu schieben. Der Sekretär der Typographical Union, Stinner, sagt, die Londoner seien zu hartig gewesen. Die Londoner hätten kein Verständnis für die Schwierigkeiten, die über das ganze Land verstreuten Mitgliedern zum gemeinsamen Handeln zu bewegen. Allerdings hätte man zum größten Teil die fünfzigstündigenwende errungen, aber mit zu großen Opfern. Und noch größere Opfer müßten gebracht werden durch die um etwa 1000 vergrößerte Armee der

Arbeitslosen. Die Federaktion hätte zwei große Fehler begangen. Der eine Fehler läge darin, daß eine Urabstimmung vorgenommen wurde, die Kündigung einzureichen, ohne vorher genügend Propaganda gemacht zu haben. Das Resultat war die ungenügende Beteiligung an der Abstimmung. Der zweite Fehler wäre der, daß nach dem man abgestimmt hatte, die betreffenden Organisationen nicht instande waren, demgemäß zu handeln.

L. E. Taylor, Sekretär der London Society, verurteilt die Provinzialer, die auf Kosten der Londoner die Einundfünfzigstundenswoche ohne Kampf und nur durch die Schwierigkeiten, in denen sich die Londoner Prinzipale befanden, gewonnen hätten.

Aus einer Bekanntmachung erfahren wir, daß ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist in der Herausgabe einer täglich erscheinenden Arbeiterzeitung. Der Name des Blattes wird „Sun“ sein, es wird in Manchester herausgegeben und für einen halben Pence verkauft werden. Es wird die Politik der Arbeiterpartei zum Ausdruck bringen, aber keineswegs ein engherziges Parteiorgan werden. Alle Bewegungen, die das Proletariat auf eine höhere Stufe zu bringen versuchen, finden Gattfreundschaft in seinen Spalten. Gewerkschaften und andere Organisationen werden wiederum erachtet, das notwendige Kapital von 150000 Pfund Sterl. aufzubringen, damit man Anfang nächsten Jahres beginnen kann. Nach einer neueren Bekanntmachung im „Manchester Guardian“ soll es nicht ein Morgen-, sondern ein Abendblatt werden; somit mußte auch der Titel von „Sun“ in „Evening Citizen“ verändert werden.

Nach dem Bericht des Labourdepartements der Gewerbetammer gibt es 38 verschiedene Organisationen im Buchdruck- und verwandten Gewerben mit einer Gesamtmitgliederzahl von 73880. Diese Zahl bedeutet eine Zunahme von 3,7 Proz. in 1909.

In Swansen erreichten die Seher eine Erhöhung von 32 Schill. auf 34 Schill. 6 Pence durch Verhandlungen mit den Prinzipalen, d. h. einen Schilling mehr bekommen sie im August, den andern Schilling im November und die übrigen sechs Pence im April nächsten Jahres.

In den Versammlungen der Londoner Sehergesellschaft geht es in letzter Zeit sehr lebhaft zu. Der Streik der Transportarbeiter hat noch immer Streikende zu neuen Akten begeistert. Man weist in völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse darauf hin, daß die Transportarbeiter ohne genügende Organisation und ohne genügende Geldmittel im Handumdrehen das erreicht haben, was die Buchdrucker mit unsern Mitteln noch nicht haben: Erfolg. Daß natürlich bei einer gewissen Richtung die „Führer“ wiederum die Schuld an dem ungenügenden Erfolg haben, ist selbstverständlich. Daß die „Führer“ nur das ausgeübt haben, was eine übergroße Mehrheit seit Jahren beschlossen hat, tut nichts zur Sache. Dasselbe Resultat beschließt auch fortwährend, Streik- und Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, nur von einer Erhöhung und Verlängerung der Ertragsbeiträge wollen sie aber nichts wissen.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 17. September waren in „Schneidts Festsaal“ die Berliner Rotationsmaschinenmeister zahlreich versammelt, um über die Auflösung ihres Vereins und den Beitritt in den Berliner Maschinenmeisterverein zu beraten. Nach längerer Diskussion wurde den vom Gauvorstand und dem Maschinenmeisterverband vorgelegten Übertrittsbestimmungen mit allen gegen sechs Stimmen zugestimmt und damit die Auflösung des Rollenklubs und der Eintritt in den Maschinenmeisterverein beschlossen. Wenn auch an der Einigkeit der Berliner Maschinenmeister niemals zu zweifeln war, so wird dieser Beschluß doch überall mit Genugtuung entgegengenommen werden. — Nach der Versammlung fand ein gemüthlicher Kommerz statt, der nicht bloß bis zum frühen Morgen anhält, sondern auch die kollegialste und freudigste Stimmung bei allen Beteiligten erweckt.

Berlin. (Maschinenmeister.) Die am 12. September abgehaltene Vereinsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den von der Prinzipalität gestellten Abänderungsanträgen zur Revision der Sonderbestimmungen für Maschinenmeister. Alle Redner gaben einmütig ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Unternehmer unsern siebenmal gestellten, nur das unumgänglich Notwendige enthaltenden Anträgen gegenüber solche Forderungen aufstellten. U. a. führte ein Redner aus, wenn die Prinzipalität auf Erfüllung ihrer Wünsche bestehen bleibt, dann sollten unsere Experten lieber ohne Sonderbestimmungen nach Hause kommen, denn durch Aufnahme dieser Änderungen würden Reibungsflächen nicht nur nicht vermieden, sondern sogar noch erhöht werden. Von der Annahme einer Resolution sah die Versammlung auf Anraten des Vorstandes ab. Nach Anhörung eines recht lehrreichen Vortrags des Kollegen Schnadenberg über Johannistagsdrucksachen schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung mit einem Hinweis auf unsere am 1. Oktober zu eröffnende Fachschule, an der nicht nur Maschinenmeister, sondern auch Seher und Lehrlinge beider Kategorien, die im letzten Lehrjahre stehen, teilnehmen können.

Dresden. Die am 14. September abgehaltene gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm Stellung zu den vom Tarifante veröffentlichten Anträgen zur Tarifrevision. Nach einem eingehenden Referat unseres Gauvorsitzers S. Wendtsche, in dem er besonders die von der Prinzipalität gestellten Abänderungsanträge

einer kritischen Besprechung unterzog, erfolgte nach reger Diskussion auf Antrag des Kollegen Bräuer die Annahme der von Leipzig am 8. September beschlossenen und in Nr. 104 des „Korr.“ veröffentlichten Resolution. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wies Kollege Wendtsche darauf hin, daß unsere Kollegen verpflichtet seien, bei Klagen stets die Tarifschlichter anzurufen. Der entsprechende Hinweis in Nummer 18 unserer „Mitteilungen“ sei zu beachten. Weiter wurde bekanntgegeben, daß in nächster Zeit wieder eine Versammlung der Vertrauensleute stattfinden, und wurden die Kollegen erachtet, Veränderungen, die in der Person der einzelnen Vertrauensleute vorgenommen, unverzüglich dem Gauvorstande mitzuteilen.

Geldern. Die am 10. September stattgehabte Monatsversammlung hatte sich eines guten Besuchs seitens der hiesigen Mitgliedschaft zu erfreuen. Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Bezirksvorsitzenden Erkelenz (Krefeld) über: „Organisatorische Zeitfragen, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage“. In gut einvertieftem Rede entwarf der Referent ein klares Bild über den Stand der momentanen Lage und ließ dabei genau den kritischen Ernst der Situation durchblicken. Reicher Beifall wurde denn auch dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Zum Schluß nahm dann der Vorsitzende Veranlassung, dem scheidenden Bezirksvorsitzenden — bekanntlich kommt Geldern zum 1. Oktober nach Wesel — für seine verdienstvolle Tätigkeit dem hiesigen Ortsverein gegenüber den Dank der Versammlung auszusprechen.

Hannover. Die Mitgliederversammlung am 12. September ehrte zunächst in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen Heinrich Lüthmann, Georg Müller und Heinrich Warnede (Gualdb.) Eigenartige Zustände herrschen in der tariffreien Druckerei des hiesigen Stephanshauses, wo acht Seher- und ein Druckerlehrling ausgebildet werden, aber nur einer in die Lehrlingsrolle der Handwerktammer eingetragen ist. Bei einer hierauf vorgenommenen Revision kam zu Tage, daß in den andern dort betriebenen Gewerbezweigen (Böttcherei, Schuhmacherei, Schneiderei usw.) die Lehrlingszucht ebenfalls im Großen betrieben wird. Die Veranstaltungen der Generalversammlung verursachten einen Kostenaufwand von 3438 Mk., wovon Gau- und Lokalkasse je die Hälfte zu tragen haben. Das Johannistagsfest erforderte einen Zuschuß von 640,75 Mk., außerdem an Arbeitslose 185 Mk. Verschiedene in letzter Zeit vorgekommene Differenzen in einzelnen Druckereien konnten auf gültigem Wege geschlichtet werden. Einem Antrage des Maschinensehervereins, wichtige Versammlungen in Rücksicht auf die Nachtjäger an Sonntagen abzuhalten, soll nach Möglichkeit entsprochen werden. Unter Punkt 2 fand eine Besprechung der zur Tarifrevision gestellten Anträge statt. In vortrefflicher Weise beleuchtete der Vorsitzende Schweinitz die Prinzipalsanträge. In der lebhaftesten Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaft wohl ein Recht habe, sich über die teilweise statt an dem Fundamente der Tarifgemeinschaft rüttelnden Prinzipalsanträge zu entrichten. Fest und geschlossen stehe aber die Organisation hinter ihren Gehilfenvertretern und für unsere Forderungen. Zu den Anträgen zum Goutage“ beantragte der Lokalvereinsvorstand: „1. Ordentliche Goutage finden in den Jahren statt, in welchen eine ordentliche Generalversammlung des Verbandes tagt; 2. Das Abkommen mit dem Lokalverein Hannover, wonach der Gau 1/2, und der Lokalverein 1/2 zur Befoldung des Gauverwalters bezahlen, ist einer Revision zu unterziehen.“ Beide Anträge fanden die Zustimmung der Versammlung.

G. Siedesheim. In der am 11. September abgehaltenen Versammlung erstattete Kollege Hausmann Bericht von der Kreisversammlung. Williges Einverständnis war mit der bisher besetzten Politik des Verbandes vorstandes zu konstatieren. Als Delegierte zum Goutage wurden sechs Kollegen in Vorschlag gebracht. Die Feier des 40jährigen Stiftungsfestes ist für den 4. und 5. November festgesetzt, und wurde das von der Kommission vorgelegte Programm genehmigt. Auf die am 24. September stattfindende Drucksachenausstellung wurde noch besonders hingewiesen.

Harlsruhe. Die Mitgliederversammlung vom 9. September hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Kollege Erb erstattete Bericht von der Kreisversammlung in Stuttgart und Kollege Hof vom Gewerkschaftskartell. Der Verkehr wird vom 1. Oktober ab in eigene Regie genommen und nach Kaiserstraße 13 (Alte Brauerei Heß) verlegt. Damit wären auch manche Beschwerden über die bisherige Herberge aus dem Wege geräumt. Eine besonders wichtige Angelegenheit war zu erledigen, indem bekannt wurde, daß ein Konsortium der badisch-pfälzischen Zeitungsverleger eine Sehermaschinenfabrik errichtet habe, an dem nicht gelehrte Buchdrucker und auch Damen ausgebildet werden! Außerst scharf wurde hierzu und zu dem Verhalten des Herrn Dr. Mittel in besondrer Stellung genommen und sofort die zuständigen Instanzen angerufen.

Nk. Raffel. Am 9. September fand unsere Monatsversammlung statt, und zwar die letzte in unserm schönen „Gewerkschaftshaus“, das am 1. Oktober in andre Hände übergeht. Besuch war diese von nur etwa 80 Kollegen, was hoffentlich eine Seltenheit bleibt. Aufnahmen waren wiederum elf zu verzeichnen, davon zehn als das erfreuliche Resultat einer kürzlich in Hersfeld unternommenen Agitation des Bezirksvorstandes. Beim Punkt „Abrechnung“ kam es über die fernere Verlegung des Bezirksvereins zu einer längeren Aussprache. 2000 Mk. sind beim Konsumvereine hier selbst angelegt,

und handelte es sich nun um die weitere Anlage von Geldern, die augenblicklich beim hiesigen Kreditverein untergebracht sind. Ein Antrag besagte: „Die übrigen Gelder sind ebenfalls beim Konsumverein anzulegen“, und ein weiterer: „Die Gelder sind mündelsicher anzulegen“. Motiviert wurde der letztere damit, daß es unklar sei, alle Gelder an einer Stelle festzulegen. Die Gegner dieses Antrags standen auf dem Standpunkte, möglichst alle verfügbaren Gelder beim Konsumvereine resp. der Großkaufsgesellschaft zu hinterlegen. Der Antrag betreffend Anlage der Gelder beim Konsumvereine wurde mit 40 gegen 30 Stimmen abgelehnt, während der zweite betreffend mündelsichere Anlage der Gelder mit 34 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Die Abrechnung über das Johannistagsfest wurde gutgeheißen und dem betreffenden Kassierer Entlastung erteilt. Es folgte nun die Erstattung des Kartellberichts. Zum 1. Oktober zieht die hiesige organisierte Arbeiterkraft in gemietete Räume, und zwar in den „Kleinen Stadtpark“, Obere Karlsstraße. Unsere nächste Versammlung wird bereits im „neuen“ Gewerkschaftshause stattfinden. Die Beiträge zum Gewerkschaftskartell sind infolge der erhöhten Ausgaben um einen halben Pfennig pro Mitglied erhöht worden, was die Versammlung ebenfalls akzeptierte. Die Zentkammerherberge befindet sich vom 1. Oktober ab bei Wittrog in der Schäfergasse. Unsere Herberge nach dort zu verlegen, wurde gleichfalls beschlossen. In der Versammlung wurde lebhaft Klage geführt über das Verhalten eines hiesigen Prinzipals bei Engagements von Maschinensehern. Dieser wünscht tüchtige erste Kräfte zum Gehalte von 36 Mk., schreibt aber gleich dabei, das Gehalt könne wesentlich erhöht werden durch regelmäßige Überstunden. Das scheint gerade noch, daß das Minimum auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters durch Überstunden zu erhöhen versucht wird! Am 3. September veranstaltete der Bezirksverein eine Johannistagsdrucksachenausstellung, die bedauerlicherweise sehr schwach besucht war.

Riel. Die Mitgliederversammlung am 12. September hörte nach Erledigung einiger Angelegenheiten lokaler Natur einen Vortrag des Kollegen F. Bösch über: „Die Hygieneausstellung in Dresden“. Den vorzüglichsten Ausführungen wurde mit lebhaftem Interesse seitens der Versammelten gefolgt. Eine längerer Besprechung fanden sodann die im „Korr.“ veröffentlichten Anträge zur Tarifrevision. Verschiedene Prinzipalsanträge, in denen von sozialer Einsicht wenig zu spüren sei, wurden einer herben Kritik unterzogen. Der Sitzende forderte zum Schluß die Kollegen auf, zu der Anfang Oktober stattfindenden Versammlung, im Bericht über die Tarifverhandlungen erstattet werden vollständig zur Stelle zu sein.

Siedingen a. Rh. Diejenigen Kollegen, die in der schönen Trompeterstadt schon Gastrollen gegeben haben, wird es interessieren, daß sich, nachdem sämtliche hiesigen Kollegen dem Verband angehörend, am 4. September ein Ortsverein gegründet hat. Ist er auch nur klein, so sind wir darum nicht weniger stolz auf ihn. War Siedingen in früheren Jahren für den Verband ein rechtes Schmerzenskind, so hat sich dieses jetzt etwas geändert. Sämtliche Kollegen stehen über Minimum, was um so gerechtfertigter ist, als die Lebensverhältnisse hier sehr teuer sind. Auch betreffs der Behandlung, die früher sehr zu wünschen übrig ließ, ist jetzt eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Möge das junge Kreis am starken Baume des Verbandes sich kräftig weiterentwickeln! Vereinslokal ist die Restauration „Trompeterstübli“, woselbst auch der „Korr.“ und der Rheinische Anzeiger für durchreisende Kollegen aufliegen. Zwecks Gründung einer kleinen Bibliothek bitten wir Vereine, die Duplikate besitzen, solche an Kollegen Jakob Purper, Schulhausstraße 40, gelangen lassen zu wollen.

Rundschau.

„Wer treu gebient hat seine Zeit“, wie es in einem alten Soldatenliede heißt, der zieht in den nächsten Tagen den bunten Rock aus, um ihn wieder mit dem Mittel des schlichten Manns aus der Werkstatz zu vertauschen, oder mit andern Worten, nach zwei- oder dreijähriger Dienstzeit, je nachdem der alte „Kriegsgott“ Mars es gut oder böse gemeint hat, verlassen in diesen grauen Septembertagen wieder viele Hunderte von Kollegen und Verbandsmitgliebrn die Kasernen, um als Buchdrucker und Gewerkschaftler wieder in unsere Reihen zu treten als Mitarbeiter und Mitstreiter für das, was wir alle wollen: ein wirklich freies Menschtum. Daß nicht nur hinter Kasernenmauern Ordnung herrschen muß, sondern in allem, was auch wir Arbeiter zu tun und zu lassen haben, das wissen zwar unsere Reservisten noch aus ihrer ehemaligen Zivilistenzeit, trotzdem scheint es uns zweckmäßig zu sein, ihnen bei ihrem Wiedereintritt ins bürgerliche Leben einen kleinen Hinweis zu geben, wie sie am schnellsten und sichersten den Anschluß bei der Kollegenchaft und ihrer Organisation finden. Wenige der vom Militär abgehenden Kollegen werden gleich wieder an ihre frühere Arbeitsstätte treten können; viele werden arbeitslos sein und die rauhe Seite des Arbeiter- und Buchdruckerlebens kennen lernen. Ihnen wird die Organisation, der Verband, als Stütze dienen, wenn sie ihn vor ihrer Militärzeit schon zu ihrem beruflichen Vaterhaus erwählt haben. Sie treten nach Beendigung der gesetzlichen Dienstzeit, und wenn sie als gesund vom Militär entlassen werden, sofort wieder in ihre früheren Rechte ein; d. h. sie erhalten bei Arbeitslosigkeit Unterstützung auf der Reise oder am Orte, sofern sie bis zu ihrem Eintritt beim Militär ihren Verpflichtungen

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 21. September 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Nr. 108.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

nachgekommen sind. Auf jeden Fall haben jedoch alle vom Militär ins Zivilleben wieder zurückkehrenden Kollegen sich sofort beim Verbandskassierer jenes Druckorts zu melden, an dem sie vor ihrer Militärzeit gearbeitet haben. Finden sie jedoch an einem anderen Orte Stellung, dann müssen sie sich von dem vorerwähnten Verbandsfunktionär ihr Buch von dort nachsenden lassen. Für ausreichende Legitimation bei solchen schriftlichen Ansuchen ist aber zur Verhütung von Unregelmäßigkeiten im eignen Interesse Sorge zu tragen. Im übrigen seien die gewesenen „Militärs“ und jedenfalls mit großen Hoffnungen ins Berufsleben zurückkehrenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß der Kampf ums Dasein noch der alte ist. Ja, daß mehr noch als je nur eine starke Gewerkschaft der beste Schutz und Schirm für jeden Arbeiter ist, für uns Buchdrucker nur unser Verband. Seine Entwicklung war in den letzten Jahren eine erfreuliche; sie bietet sichere Gewähr für erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit auch in der Zukunft, trotz schleichender und offener Widerwärtiger links und rechts. Auf diesem Wege begreifen wir die sich zu uns zählenden Reservisten als Kameraden und heißen sie herzlich willkommen als Kollegen im Verbande!

Die fachtechnische Literatur für Maschinenmeister, wie sie von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands schon seit einer Reihe von Jahren den Druckern unterbreitet und von diesen mit Vorliebe benutzt wird, soll in Kürze durch ein neues Buch über die Schnellpresse ergänzt werden. Schon seit längerer Zeit sind die Verbesserungen dazu getroffen, doch fehlen zur Fertigstellung des historischen Teils über die Pressen und Schnellpressen noch einige Materialien, die vom Verfasser des neuen Werks nur ungern vermist werden. In erster Linie handelt es sich um eine Abbildung der ersten Presse, die der historisch bekannte Bafler Johann Haas in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts baute. Haas soll damals ein kleines Schriftchen mit Abbildung seiner Presse herausgegeben haben. Ferner wünscht die Zentralkommission den Erwerb oder die leihweise Überlassung von Faulmanns Geschichte der Buchdruckerkunst, von Wagner, Buchdruckerkunst, II. Teil, mit Atlas, sowie die vollständigen alten Jahrgänge des „Journals für Buchdruckerkunst“ von 1836 ab. In die Reihe des „Korr.“ richtet die Zentralkommission der Maschinenmeister daher das höchste Ersuchen, irgendwelche Anhaltspunkte oder Anzeichen nach dieser Richtung hin ihr mittels Postkarte zukommen zu lassen. Diese Bitte erstreckt sich auch auf alte Kataloge, alte Skizzen oder Zeichnungen von Pressen und Druckmaschinen des In- und Auslandes. Die Adresse des Obmanns der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands lautet: H. Görner in Berlin SO 112, Gärtnerstraße 14 v. IV.

Durch eine Feuersbrunst völlig zerstört wurde die brasilianische Staatsdruckerei in Rio de Janeiro.

Der Konkurs erklärt wurde über den Nachlaß des Buchdruckerbesizers Richard Jutrau in Stotternheim.

Die Tarifbewegung der Lithographen und Stein drucker in Leipzig hat zu Verhandlungen mit Vertretern der Unternehmerorganisation im „Papierhaus“ zu Berlin am 15. September geführt. Trotz weitgehenden Entgegenkommens seitens der Gehilfen sind diese aber nach fünfständiger Dauer als ergebnislos gescheitert. Die von den Gehilfen eingereichten Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten zwölf Positionen, aber nur über die ersten beiden wurde verhandelt, und zwar über die Arbeitszeit und den Mindestlohn. Die Gehilfen fordern: Die tägliche Arbeitszeit ist für Lithographen (auch Korrekturlithographen), Kartographen und Zeichner 8 Stunden; für Stein drucker 8½ Stunden, an Notationsmaschinen 8 Stunden. Die Prinzipale wollten keine tägliche, sondern eine wöchentliche Arbeitszeit festgesetzt haben, die aber statt der geforderten 51 auf 53½ Stunden bemessen werden soll; schließlich waren sie bereit, 53 Stunden zu bewilligen (was vielfach schon bestes). Die Korrekturlithographen und die Notationsmaschinen drucker sollen aber auch so lange wie die Stein drucker arbeiten (53 Stunden). Um die Friedensliebe im Gewerbe zu zeigen und den Kampf zu vermeiden, kamen die Gehilfen als äußerstes insofern entgegen, als sie von der Festsetzung einer täglichen Arbeitszeit abließen und nach den Wünschen der Prinzipale mit einer wöchentlichen Arbeitszeit einverstanden waren. Auch, daß die Korrekturlithographen und die Notationsmaschinen drucker dieselbe Arbeitszeit wie die Stein drucker haben sollen; die Korrekturlithographen sollen aber die Zeit von 8 Stunden pro Tag bis zur Arbeitszeit der Stein drucker extra entkündigt erhalten. Und betreffs der Arbeitszeit der Stein drucker wollten die Gehilfen mit einer solchen von 52 Stunden pro Woche zufrieden sein. Da die Prinzipale aber erklärten, unter allen Umständen an ihrem Vorschlage festhalten zu müssen, wurde dieser Punkt als unüberwindlich zurückgestellt. Aber

auch bei dem Mindestlohn wurde keine Einigung erzielt. Die Gehilfen fordern: Der Mindestlohn beträgt wöchentlich im ersten Gehilfenjahre nicht unter 24, im zweiten Gehilfenjahre nicht unter 27 Mk. Für Notationsmaschinenmeister im ersten Jahre der Beschäftigung an der Rotary- oder Offsetpresse nicht unter 40, dann nicht unter 45 Mk. Die Prinzipale wollten aber nur einen Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre von 21, nach längerem Handeln 22 Mk. bewilligen, alle übrigen Forderungen sollten gestrichen werden. Die Gehilfen gingen auch hier von ihren Forderungen ab und boten folgendes Entgegenkommen an: Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre nicht unter 21 Mk., für Leipzig 23 Mk., im zweiten Gehilfenjahre 26 Mk. und soll nach den Verhältnissen örtlich festgesetzt werden. Für Notationsmaschinenmeister beträgt der Mindestlohn im ersten Vierteljahr (als Probezeit gedacht) wie bisher, dann 40 und im zweiten Jahre der Beschäftigung nicht unter 45 Mk. Die Prinzipale erklärten aber, hierauf nicht eingehen zu können (Nies wollen) und erklärten auch die Verhandlungen der weiteren Fragen für zwecklos. Somit waren die Verhandlungen gescheitert und die Parteien schieden mit Worten der Kriegserklärung. Was der Unternehmerschutzverband für Maßnahmen treffen wird, die er in einer Kreisvertreterversammlung bereits beschlossen haben will, ist noch nicht bekannt. In Leipzig, Jena und Regensburg werden nunmehr am kommenden Sonnabend, den 23. September, die Lithographen und Stein drucker in den Streik eintreten. Diese Orte sind infolgedessen für Lithographen und Stein drucker gesperrt. Und da im übrigen vernutet wird, daß die Bewegung weitere Kreise zieht und allem Anscheine nach die Unternehmer dieses Gewerbes sich auf eine allgemeine Aussperrung vorbereiten, so haben die in Arbeitgeberverbandsfirmen beschäftigten Lithographen und Stein drucker jetzt schon beschlossen, jede überstundenarbeit und Heimarbeit zu unterlassen.

Die Arbeiterbildungsschule in Berlin beginnt am 24. September ihren Unterricht für das vierte Quartal 1911. Der Lehrplan umfaßt: Deutschland und der Weltmarkt, Praktische Sozialpolitik, Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland, Sozialpolitik und Gewerkschaften, Die deutsche Geschichte der letzten zwanzig Jahre. Die Aufnahme neuer Schüler erfolgt durch Vermittlung von Hermann Lammé in Lichtenberg-Berlin, Rittergutstraße 25 I.

Gewerkschaftliche Zentralisation. Fast einstimmig beschloß der Verband der Zigarrenarbeiter die Verschmelzung mit dem Deutschen Tabakarbeiterverbande.

Eine Zinnungsbrotfabrik zu gründen, beschloß die etwa 600 Meister umfassende Widermunn in Halle, um der Konkurrenz auswärtiger Brotfabriken Herr zu werden. Der hier eingeschlagene Weg auf das Gebiet des Großbetriebs zur Rettung des Handwerks, läßt die Nachteile des Kleinbetriebes für eine rationelle Produktion ganz besonders hervortreten.

Eine Warnung vor leichtfertigen Produktionsgenossenschaftsgründungen bildet das Ende der in Leipzig bestehenden Produktionsgenossenschaft der Schuhmacher, die von streikenden Gehilfen ins Leben gerufen wurde, aber schon nach kurzer Dauer in Konkurs geriet. Während der Zahlungsschwierigkeiten verstandte der Vorstand das Inventar, obwohl er nach der ersten Verpfändung kein Recht mehr hatte, darüber zu verfügen. Der Vorsitzende Helbing und der Geschäftsführer Zauchner wurden daher vom Landgerichte zu drei Monaten resp. zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Eine Volksabstimmung im Dienste der Reaktion. In der freien Schweiz gelang es den Gegnern staatlicher Arbeiterversicherung die nötige Anzahl von Unterschriften zu sammeln, um das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung durch Volksabstimmung zu Fall zu bringen. Der Einfluß der reaktionären Mächte unter der Führung der privaten Versicherungs-gesellschaften ist demnach sehr groß, dennoch hoffen aber die Arbeiter auf einen günstigen Ausgang des Referendums, das sich im Februar nächsten Jahres vollziehen wird.

Arbeiterlosenversicherung und Deutscher Städtetag. Auf der Basis von acht Thesen, die mehr einen akademischen als praktischen Wert besitzen, verhandelte dieser Tage der Deutsche Städtetag in Posen über das wichtige Problem der Arbeiterlosenversicherung. Die Thesen oder Leitsätze waren von zwei Referenten, den Oberbürgermeistern von Köln und Frankfurt a. M., unterbreitet und stellten zunächst fest, daß Gründe und Umfang der Arbeitslosigkeit und das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr verschieden seien, z. B. einesseits in den Wetter- und Saisongewerben und zum anderen in denjenigen Berufen, in denen Störungen und Überfüllung herrschen. Eine allgemeine Arbeiterlosenversicherung erscheint schon deshalb ausgeschlossen, weil ihre Voraussetzung — ein allgemeiner Arbeitsnachweis — nicht vorhanden sei. In These 4 wird die Frage: ob staatlicher

Zwang anzuwenden sei, bejaht. Durchgreifende Erfolge seien nur bei Zwang zu erzielen. Die bisherigen Versuche mit freiwilliger Versicherung (Genter und Kölner System) hätten da, wo Hilfe am meisten nottut, bei den Bauarbeitern und Gelegenheitsarbeitern, nur ganz unzureichende Hilfe gebracht. Im übrigen aber müsse eine Unternehmung erfolgen, inwieweit für die einzelnen Gewerbe Bedürfnis und in welcher Höhe vorliege. Für die Aufbringung der Beiträge durch Unternehmer und Arbeiter spielten die Gründe der Arbeitslosigkeit, die Höhe der Löhne, die Lage des Gewerbes und seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland eine entscheidende Rolle. Die Zuschüsse aus öffentlichen Kassen seien schwierig, aber außerordentlich wichtige Fragen. Es sei z. B. kein Grund ersichtlich, warum eine öffentliche Beihilfe für Fälle gegeben werden soll, in denen die Arbeitslosigkeit nur aus klimatischen Gründen eintritt. Die Voraussetzung jeder Arbeiterlosenversicherung, nämlich ein gut georbeter Arbeitsnachweis für die beruflich geschulten Arbeiter, könne nur für die einzelnen Gewerbe geschaffen werden. Die Unternehmung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben könne nicht von den Stadtverwaltungen vorgenommen, sie müsse einheitlich von den Regierungen durchgeführt werden. Diese 8 spricht unumwunden aus: Die Überweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeiterlosenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlich verantwortlichen Stellen — Regierungen wie Parlamente — von der Verantwortlichkeit zu befreien. Alle Gemeindeverwaltungen, auch diejenigen, welche aus freiem Entschlusse bisher Versicherungsanstaltungen irgendwelcher Art für Arbeitslose geschaffen haben, sowie alle wahren Freunde rationaler und wirksamer Versicherung sollten gegen diese versuchte Verschiebung der Verantwortlichkeit Verwahrung einlegen und von den Regierungen fordern, daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen eingeleitet werden, um sowohl das Versicherungsbedürfnis als die Mittel zu seiner Befriedigung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen. Soweit die Stadtverwaltungen hierbei, insbesondere bei Unternehmung der Verhältnisse der Gelegenheitsarbeiter, hilfreiche Hand leisten können, werden sie gern dazu bereit sein. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß diese Unternehmung in erster Linie die Verhältnisse der Bauarbeiter ins Auge zu fassen hätte, und daß zu prüfen sei, ob nicht vor einer Erlebigung der übrigen Fragen durch Reichs- oder Landesgesetz für einzelne Kommunen eine obligatorische Arbeiterlosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen wäre. Die Begründung dieser programmatischen Zusammenfassung der Gesichtspunkte einer Arbeiterlosenversicherung durch die beiden Referenten war, wenigstens soweit der Frankfurter Oberbürgermeister in Frage kommt, eine sehr merkwürdige. Während der Kölner Oberbürgermeister Dr. Wallraf sich noch einige Mühe gab, das Problem sachlich zu beleuchten und die Notwendigkeit einer gescheiterten Arbeiterlosenversicherung betonte, bewegte sich der Frankfurter Referent Dr. Widies in entgegengesetzter Richtung. Er bezeichnete das Verlangen der Arbeiterschaft nach staatlichem Schutz gegen Arbeitslosigkeit als Forderung eines Ausnahmeregimes. Die gescheiterte Arbeiterlosenversicherung würde einen Eingriff in den Lohnkampf und in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen bedeuten. Jeder arbeitsfähige Mensch solle für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen. Und wenn jemand einem Gewerbe angehöre, in dem er nur sechs Monate jährlich Arbeit habe, so müsse er dafür sorgen, daß er in den übrigen sechs Monaten anderweitige Arbeit habe. Im weiteren wandte sich dieser Redner noch sehr scharf gegen das Genter System und gab den Gemeinden und Städten den Rat, auf diesem Gebiete haltzumachen. Gegen eine Einführung der Arbeiterlosenversicherung durch das Reich habe er nichts einzuwenden, aber die Gemeindeverwaltungen seien nicht geeignet, in dieser Sache als Schrittmacher vorzugehen. Die Ausführungen dieses Referenten waren so reaktionär, daß sie sogar dem anwesenden Reichstagsabgeordneten Wiesberts über die Furchen gingen und ihn zu einer scharfen Abwehr veranlaßten. Unter steigender Mühsal der nur aus gebildet sein wollenden Vertretern zusammengesetzten Versammlung sprach er die Hoffnung aus, daß die Gemeinden, die das Problem zu lösen können glauben, sich durch die Ausführungen Widies von weiteren Maßnahmen werden nicht abhalten lassen. Weiter rief er der Versammlung zu: Ihr Städte, die ihr Millionen Aufwände für Parks, Theater und andre Kulturbedürfnisse der Bessergestellten verzwangt (stimmliche Unterbrechungen), gewiß, ich halte das auch für berechtigt, aber die Städte dürfen sodann auch nicht absehen, Mittel für die Arbeiter aufzuwenden, indem sie sagen, das Problem sei so schwierig. Der Staat sage, das Problem ist so, daß ich nicht lösen kann, und der Vertreter einer der reichsten Städte Deutschlands sage, wir können nicht helfen. Das müßte Paß gegen die Gesellschaft im hungernden Arbeiter erwecken. Selbstverständlich

rückten auch die anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei dem Frankfurter Oberbürgermeister wegen seiner arbeiterfeindlichen Stellungnahme zur vorliegenden Frage sehr energisch zu. Es wurde ihm deutlich gesagt, daß seine Darlegungen mit samt den Thesen durch und durch reaktionär seien. Sie verlangten eine Arbeitslosenfürsorge im Sinne der diesbezüglichen Resolution des Dresdner Gewerkschaftskongresses. Auch Oberbürgermeister Dominikus von Schönberg äußerte besondere Bedenken gegen die Ausführungen seines Frankfurter Kollegen und schloß sich der Kritik Sieberts an. Er stellte dann noch einen Antrag, der eine allgemeine Regelung der Arbeitsnachweise fordert. Dieser Antrag und die Thesen wurden dann mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Abgesehen von der Klarheit über die arbeiterfeindlichen Tendenzen der großen Mehrheit dieser Tagung ist demnach für die Wünsche und Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft nichts übrig geblieben. Die Arbeiter haben auch von dieser Seite keine Hilfe zu erwarten; sie müssen darum um so energischer an ihre bisherigen Taktik festhalten.

Ernstliche Straßenkämpfe wegen der Teuerung fanden vor einigen Tagen in Wien statt. Nach ruhig und einträglich verlaufenen Arbeiterdemonstrationen rotteten sich disziplinlose Elemente zusammen und verursachten Straßenkrawalle, provozierten die Polizei und das zur Abwehr herbeigerufene Militär. Infolgedessen gab es etliche Tote und viele Verwundete auf beiden Seiten. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei forderte die Arbeiter auf, sich jeder weiteren Demonstration fernzuhalten und wie gewöhnlich zur Arbeit zu gehen.

Gewerkschaftsnachrichten. Der Kampf in der Leipziger Gelbmetallindustrie, der bekanntlich als Ausgangspunkt der letzten Ausparierungen und Streiks im sächsischen Metallgewerbe einzuschlagen ist, hat nun nach weiteren Zugeständnissen der Unternehmer doch sein Ende gefunden. Wenn auch die Mehrheit der am Streik beteiligten Arbeiter mit dem Resultate nicht einverstanden war, so schloß doch bei der entscheidenden Abstimmung die nach dem Statut der in Frage kommenden Organisation erforderliche Dreiviertelmehrheit zur Fortsetzung des Streiks. Es wurde die 65stündige Arbeitswoche bewilligt und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 6 bis 10 Proz. Die Wiederaufnahme der Arbeit an allen von der Bewegung ergriffenen Orten ist mit Sicherheit zu erwarten. So hat auch dieser Kampf mit einem Erfolge der Arbeiter geendet, der um so höher zu schätzen ist, als die Unternehmer dabei die Absicht verfolgten, eine große Machtprobe zu veranstalten und nun doch nachgeben mußten. — Eine seit längerer Zeit in Gang befindliche Lohnbewegung der Tapezierer in Stettin

führte jetzt zur Arbeitsniederlegung. Die zuständige Innung lehnte nicht nur die Anerkennung eines Tarifs, sondern jede Verhandlung mit den Gesellen ab. Auch dem Gesellenausschuß gegenüber zeigte sich die Innung mehr als zugeknöpft, so daß nichts anderes mehr als die Ultimo ratio übrig blieb. Die Situation ist für die Gesellen recht günstig. Einige große Geschäfte haben die Forderungen schon bewilligt. — In Balingen (Württemberg) legten die Maler ebenfalls wegen Nichtanerkennung eines Tarifs die Arbeit nieder. Nun rechnen die Meister auf Arbeitswillige bei Entlassung der Reserve, womit sie sich hoffentlich stark verdeden werden. — Wegen Lohnbifferenzen sind in Wiesbaden Depotarbeiter der Straßenbahn in den Ausstand getreten. — In Bremen haben die Staatsarbeiter neuerdings Forderungen auf höhere Entlohnung und bessere Arbeitsverhältnisse gestellt und sind entschlossen, energisch dafür einzutreten.

Briefkasten.

R. G. in A.: Von Einwendungen ist diesmal kein Gebrauch zu machen. Wie Sie sehen, haben wir die eine Sache schon für diese Nummer, und zwar in anschaulicherer Form, vorgehen gehabt, die andre aber finden Sie bereits in Nr. 98 behandelt. Zweimal daselbe zu sagen, ist doch unnötig. — O. S. in Würzburg: Die Auflage ist uns nicht bekannt; aber wir nehmen an, daß sie nicht klein ist. Nach unserm Urteil ist die Fachschrift die beste ihrer Art in Deutschland. — W. in Weislingen-St.: Gewerkschaftsblätter bleiben die Kassenrotoren verschlossen. — R. U. in B.: Bereits im Besitze. Dank für Angebot! — G. S. in Sch.-A.: Ja, mit einigen Strichen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 L.
Fernsprechtamt VI, 11 101.

Abtrefferveränderungen.

Hilfsburg. Kassierer: Amandus Armerding, Voigtstraße 29 E (ab 1. Oktober).
Kulmbach. Kassierer: Karl Grafer, Marktplatz 13.
Wesel (Bezirk und Ort). Vorsitzender: Karl Westmann, Niederstraße; Kassierer: August Schäfer, Entenmarkt.
— (Maschinenfahrgewerkschaft) Vorsitzender: Gustav Jacoby, Iffelstraße 31.
Würzburg. Vorsitzender: Hans Hemmerich, Brombühlstraße 17 I Bg. (ab 2. Oktober).

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Eberswalde der Schweizerdegen Wilhelm Trzewitz, geb. in Brieg (Schlesien) 1890, ausgel. dal. 1906; war schon Mitglied. — Gustav Freitag, Junterstraße 2.

In Luckenwalde der Seher Hans Bieberwirth, geb. in Geyer i. Erzgeb. 1893, ausgel. in Chemnitz (Sachsen) 1911; war noch nicht Mitglied. — Robert Wesenberg in Potsdam, Alte Luisenstraße 43.

In Löben der Seher Max Preugschat, geb. in Litzki 1884; war schon Mitglied. — O. Osterode in Königsberg i. Pr., Sackheim, Rechte Straße 121 III.

In Genf der Seher Georg Helfenberger, geb. in Gollau (St. Gallen, Schweiz); war noch nicht Mitglied. — Pierre Dantaud, Boulevard Karl Vogt 39.

Arbeitslosenunterstützung.

Karlruhe. Den reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß der Fremdenverleih vom 1. Oktober ab sich nicht mehr Gartenstraße 4 befindet, sondern in der neuerrichteten Gewerkschaftsherberge, Zähringer Straße 2. Die Verwalter der umliegenden Zahlstellen werden gebeten, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Veranstaltungskalender.

Bentzen (Oberholl.). Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, dem 21. September, vormittags 10 Uhr, im „Weißen Adler“.
Hilfsburg. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Harmonie“, Obentorwall.
Grossau. Korsettorenversammlung am Sonntag, dem 21. September, nachmittags 1 Uhr, im „Matthiaspark“, Wolfstraße 17.
Chemnitz. Außerordentliche Maschinenmeistergeneralversammlung Sonnabend, den 23. September, abends 8 Uhr, in den „Drei Raben“, Brüderstraße.
Eibersfeld-Garmen. Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, dem 24. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal GutsMuths, Unterbarren.
Kaiserslautern. Versammlung Sonntag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Reinerei“ Ortshaus.
Pöhl. Maschinenfahrgewerkschaft am Sonntag, dem 21. September, vormittags 10 Uhr, in der „Klosterbrauerei“, Klosterkloster 1.
Sigmund. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 21. September, vormittags 9 1/2 Uhr, in den „Drei Raben“.
Zudwigsgraben a. Rh. Versammlung Sonntag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Mercurius“.
Magdeburg. Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, dem 23. September, abends 7 Uhr, im „Mühlengrund“, Mühlengrund, Ede Schenkenhof, und Lessingstraße.
Mauen i. W. Versammlung Sonnabend, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.
Salmungen-Gad Liebenstein-Nachd. Versammlung Sonntag, den 21. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Nachd., Gasthof zum Eichen.

Viele Kranke

verdanken ihre Genesung

einer Trinktur im Hause mit Ramscheider Stahlbrunnen.

„Meine Tochter lag infolge schwerer Fleischsucht schwer krank darnieder. Trotz aller angewandten Mittel vermochte sich meine Tochter nicht so zu erholen, wie wir es ersehnten. Ich bestellte eine Riste mit 30 Flaschen. Die Wirkung war geradezu wunderbar. In der ersten Woche verspürte sie eine angenehme Anregung der inneren Organe. Sie wurde lebhafter, froher. Dann wurde es immer besser. Sie schloß ausgezeichnet, bekam Appetit, die Hautfarbe wurde frisch und rosig, alles in allem, sie fühlte sich wirklich, wie man sagt, wie neugeboren.“ — „Es drängt mich, Ihnen meinen Dank abzustatten für das vorzügliche Heilmittel. Es ist ein wahrer Gottes- tranke. Ich litt nämlich schon neun Jahre an Blutarmut, Fleischsucht, großer Nerven Schwäche, Magenbeschwerden usw. Alle meine Übel sind fast gänzlich beseitigt.“ — „Dies herrliche Wasser hat mir und meinen Kindern, welche auch blutarm sind, sehr gut geholfen.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkturen im Hause warm empfohlen bei Blutarmut, Fleischsucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, z. B. nach Blutverlusten infolge Operationen, Wochenbetten usw., nach überlasteten erschöpfenden Krankheiten, wie Influenza usw. — Mitteilungen über Kurerfolge, Bezug des Brunnenkostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen, Düsseldorf SO 99.

Für unser neu zu gründendes Zeitungsunternehmen suchen wir voraussichtlich per 15. Oktober

Druckereipersonal

und zwar einen Faktor, tüchtigen Zeitungssachmann, einen ersten Akzidenzsetzer mit gutem, neugötlichem Geschmack, einen Korrektor, gelehrten Setzer, einen Setzer, der ausübungsweise mit Korrekturen lesen müßte, verschiedene flotte Zusetzer und Akzidenzsetzer, einen Rotationsmaschinenmeister für 16seitige Maschine, einen Maschinenmeister, mit Selbstanleger vertraut, einen Schweizerdegen, zwei Stereotypenreue und einen Buchbinder. Bewerber belieben Offerten mit Gehaltsansprüchen, Altersangabe und Zeugnisabschriften (nicht Originalzeugnisse) an den Geschäftsführer Drag Weichelt, Waldenburg (Schlesien), Gewerkschaftssekretariat, Friedländer Straße 28, zu richten.

Tüchtiger Schweizerdegen

zur selbständigen Führung einer U. Akzidenzdrucker in Schellen sofort gesucht. Dem betreffenden Bewerber ist günstige Gelegenheit geboten, das Geschäft täglich zu übernehmen. 3000 Mk. Anzahlung erforderlich. Offerten mit Zeugnisabschriften, Altersangabe und Gehaltsansprüchen unter Nr. 747 an die Geschäftsstelle dieses Blatts erbeten.

Tüchtiger, selbständiger Galvanoplastiker

gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht.
Cornelius Bornsch, Ritzschestraße, 201m.

Anhang zum Tarife von Konrad Götter. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Bf. Porto.) Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Böllig, Leipzig, Salomonstraße 3, entgegen.

Radfahrer
kaufen ihren Bedarf am vorteilhaftesten durch uns.
Reichhaltigste Preisliste gratis.
Hans Hartmann A.-G. Eisenach 1h
Größtes Sporthaus Mitteldeutschlands.

600 Satzmuster pro Jahr

bringt die „Typographische Rundschau“, Monatschrift zur Wiedergabe von zeitgemäßen Drucksachen und Entwürfen. Infolge des billigen Preises, des bequemen Taschenformats und des vielseitigen Inhalts eine einträgliche Fachzeitung. Für die tägliche Praxis ist die „T. R.“ ein unentbehrlicher Motivschatz. Aufs beste beurteilt von erstklassigen Fachleuten. Vierteljahrspreis bei der Post 75 Pf. ohne Bestellgeld. Einzelheft gegen vorherige Einsendung von 30 Pf. in Marken.
Druck und Verlag J. Wienands, Bonn-Rhein.

Der Drei- und Vierfarbendruck.

Der Buchdrucker, welcher sich mit diesem in neuerer Zeit im Aufblühen begriffenen Zweig unserer Kunst vertraut machen will, schaffe sich das außerordentlich instruktive Werkchen an. Preis 1,50 Mk. Julius Mäser in Leipzig-R.

Charaktervolle, äußerst schöne

Handschrift wird durch das rühmlich bekannte Verfahren „Express“ aus F. Rumpfs Lehrmittellerning, Großberkel 5 (Hannover), erlangt. 744
Preis nur 90 Pf.



Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.

Sonntag, den 24. September: Herrenpartie mit Wahn bei Groß-Heurhen. Aufwandslos, reichhaltig, Musikstücke nach Stolzen, Bierbrüder, über Birna zurück. Absahrt von Reudersdorf Bahnhofs 7 Uhr 11 Min. (Gastkarte 4. Klasse Großherzogstr. 60 Bf.). — Um zahlreiche Beteiligung bitten. D. B. 1751

Für nur 35 Mark

Nefer! Wir gegen monatliche Teilzahlungen von nur 3 Mark eine prachtvolle

Klassiker-Bibliothek

enthaltend die Werke von Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Hauff, Lenau, Uhland, Shakespears, Kleist, Heine, 10 Werke, zusammen 72 Bände in 24 eleganten Ganzleinenbänden eingebunden. 749

Klassiker-Verlag Otto & Ko.

Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Straße 68.
Seitenmaß 8. Fris, Frankfurt a. M., Zeitgeest. 25.

Sturt Ritzing

komme sofort nach Leipzig. Kondition! 751
Prinz Schwabe.

Am 16. September verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzleidens unser lieber Kollege, der Setzer

Karl Gruhne

aus Dahlen i. S., im Alter von 55 Jahren. Ein treues Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Firma J. J. Weber, Leipzig.

Heute mittag 12 1/2 Uhr verschied unser werter Kollege und langjähriges Druckereimitglied, der Schriftsetzer

Wilhelm Lohmüller

im Alter von 59 Jahren. Wir bitten, dem Verstorbenen ein ehrenvolles Andenken bewahren zu wollen.
Stuttgart, den 16. September 1911.

Die Gehilfen 748
der Buchdruckerol Stähle & Friedel.

Adressen für Zusendungen

an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer:
für Artikel, Gebets-, Genossen- und Kollektivblätter: Willi Kraß;
Sogaltpolitische, Mundschau und Altarische: Charles Schiffer;
Korrespondenzen, Anstand und Heilketten: Karl Selbholz;
Korrespondenzen, Inserate, Offerten, Postanfragen usw.: Georg Böllig;
Sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 3. (Fernspr. 1411; Straße und Hausnummer ist stets anzugeben!)